

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919**

218 (8.8.1919) Erstes Blatt

Bezugspreis: in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 1.80 M., vierteljährlich 5.70 M., an den Anzeigebestellen abgeholt monatlich 1.80 M. ...

# Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: Die Anzeigen werden in der Redaktion angenommen ...

## Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

## Badische Morgenpost

Verantwortlich für den Inhalt: Martin Solinger; für Baden, Soles und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Bienenkunde: Carl Gellmer; für Informatik: Paul Kuhnmann. Druck und Verlag: C. F. Müller'sche Buchhandlung u. v. S., sämtliche in Karlsruhe. — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Dietrich, Friedenau, Fregelstraße 65/66, Telephon 1644. — Für unvollständige Manuskripte oder Druckbogen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beiliegend ist.

116. Jahrg. Nr. 218.

Freitag, den 8. August 1919

Erstes Blatt.

### Zerlegung der Parteien in England.

Seit dem Jahre 1915 regiert in England eine aus Konservativen, Liberalen und Sozialisten gemischte Mehrheit. Diese Koalition hat sich unter wechselnder Führung und teilweise lebhaften Verschiebungen und Auseinandersetzungen nach innen und außen bis heute gehalten, und die nächste parlamentarische Zukunft hängt von dem Zusammenhalt oder Verfall der derzeitigen über- und zwischenparteilichen Majorität ab.

Wir erinnern an die Ergebnisse der Wahlen: Die Koalition, die von der siegestrunkenen Bevölkerung als eine Leibgarde für den Ministerpräsidenten ins Parlament gewählt worden ist, umfaßt nicht mehr die offizielle Arbeiterpartei und den Rumpf des gesinnungstüchtigen Liberalismus. Gegenüber dieser Opposition, die im Ernstfall hundert Stimmen aufzubringen vermöchte, und den sich nach beiden Seiten scharf absondernden irischen Gruppen, steht die große, vielhundertköpfige Arbeitsmehrheit, gebildet aus dem rechtsliberalen Flügel einer kompakten Masse von Konservativen und einem sozialpatriotischen Anhang von Eigenbrötlern der Arbeiterbewegung.

Am auffälligsten in Erscheinung getreten ist die kommende Auseinandersetzung auf der einen Seite in einer sich laut hervorwagenden Toryopposition gegen die sozialisierende Tendenz der neuerlichen Gesetzgebung, auf der anderen Seite in einem Vorpostengefecht, das, wie es sich gehört, von Winston Churchill als Vorhutführer des Ministerpräsidenten angeleitet, einen ersten, noch unverbundenen Vorstoß der leichten Kräfte darstellt, denen der Masseneinsatz folgen wird.

### Die außerordentliche Kriegsabgabe.

H. Von unserem Weimarer Vertreter wird uns berichtet: Nach den wenigen Ferien tagen treffen die Abgeordneten allmählich wieder an der Weimarer Arbeitsstelle ein. Es wird aber immer wahrscheinlicher, daß das Haus hier nicht mehr lange zusammengehalten sein wird.

Die erste am späten Nachmittag begonnene Plenarsitzung wurde fast ganz von der zweiten Lesung der außerordentlichen Kriegsabgaben für das Jahr 1919 ausgefüllt. Sie wurde charakterisiert durch eine ganze Reihe mehrheitssozialistischer und unabhängiger Anträge auf Verschärfung der Steuerfüße, die oft auf nichts anderes als auf die Konfiskation der größeren, Mehrereinkommen hinauslaufen, meist aber bei den Abstimmungen abgelehnt werden.

Zu weiteren Verlauf der Beratungen warnte besonders eindringlich der sozialistische Abgeordnete Dr. Rießer vor einer Steuerpolitik, die die Demnen, das heißt die Betriebe, die allein die goldenen Eier legen, über, um den finanziellen Augenblicksungen zu stillen.

### Der angebliche englische Friedensführer.

Berlin, 7. Aug. (Wolff.) Über den englischen Friedensführer vertritt die „Wolff. Bl.“ eine vom früheren Reichskanzler Dr. Michaelis nach Besprechung mit den Vertretern der früheren Obersten Seeresleitung und dem Staatssekretär Dr. Helfferich in Gemeinshaft mit diesen für gegebene Darstellung, die in ihrem wesentlichen Inhalt folgendermaßen lautet: Ich war mit dem damaligen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn von Kühlmann, mit dem ich alsbald das Schreiben des Amnias eingehend besprochen hatte, der Meinung, daß angesichts des begleitenden Kommentars des Kardinalstaatssekretärs war die Frage Möglichkeit eines ernsthaften englischen Friedensführers vorlag, das jedoch aus dem von dem Amnias mitgeteilten Text der Mitteilung des Foreign Office an den britischen Botschafter in Berlin sich nicht mit der für die Abgabe der gewünschten Erklärung über Belgien erforderlichen Sicherheit die ernsthafteste Absicht der englischen Botschaft ergab, auf einer für Deutschland im übrigen annehmbaren Grundlage in Friedensverhandlungen einzutreten.

vielmehr auf einen großen Block der Linken einschließlich gemäßigter konservativer Elemente deutet, denen sich eine zusammengegrupperte Rechte meist einigen Unverbändlichen aus den Reihen der Liberalen und Arbeiterleute als neue Opposition gegenüberstellen würden.

mann vorgezeichneten neutralen Diplomaten die englische Regierung auf ihre Bereitschaft sondiert werden sollte. Im Kromat vom 11. September beauftragte ich mit Unterstützung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, auf förmliche Ermächtigung gegebenenfalls erklären zu dürfen, daß Deutschland zur Wiederherstellung der territorialen Integrität und der Souveränität Belgiens bereit sei.

Michaelis führte jedoch aus, daß er sich bei dem vom Reichsministerpräsidenten Bauer veröffentlichten Briefwechsel zwischen ihm und dem Generalstabeschef von Hindenburg nicht um Vorbehalte handelte, die gegenüber England gemacht werden sollten, sondern um Ziele, die in Verhandlungen mit Belgien selbst angestrebt werden sollten.

### Scheidemanns Brief an den Prinzen Max.

Gannover, 7. Aug. (Wolff.) Zur Vorgeschichte der Abhandlung des deutschen Reichers veröffentlicht die „Deutsche Volkszeitung“ das Oran der deutsch-hannoverschen Partei, heute einen Brief Scheidemanns vom 29. Oktober 1918 an den damaligen Reichskanzler Prinzen Max von Baden, in dem der Staatssekretär Scheidemann unter Hinweis, daß durch die Renunzierverträge der Öffentlichkeit die Möglichkeit genommen ist, durch Diskussion eine Klärung zu finden, die an einer brennenden Schicksalsfrage des deutschen Volkes angedenkt ist, an folgender Forderung kommt:

Ans diesem Grunde sehe ich mich gezwungen, nunmehr die Forderung, die in der Presse nicht gestellt werden darf, im Kabinett zu stellen, nämlich dies: Der Herr Staatssekretär möchte den Herrn Reichskanzler bitten, S. M. dem Kaiser zu empfehlen, freiwillig zurückzutreten. Nur Bestätigung wird u. a. ausgeführt, es wäre nicht beabsichtigt werden, daß die Friedensverhandlungen beträchtlich an Inhalt ausgebaut werden, wenn die in dem Deutschen Reiches vollaagene Forderung des Systems durch einen Wechsel an der höchsten Stelle des Reiches nach innen und außen deutlich gemacht werde.

### Befehung Malmöds durch die Belgier.

Brüssel, 7. Aug. (Radio.) Dem „Soir“ zufolge erhielt das Departement des Auswärtigen von Marschall Nöth ein Telegramm, in dem Belgien aufgefordert wird, das durch den Friedensvertrag an Belgien angefallene Gebiet militärisch zu besetzen und dort eine eigene Verwaltung einzurichten.

### Das französisch-amerikanische Bündnis.

Basel, 7. Aug. Nach einer Pariser Meldung der „Neuen Zürcher Zeitung“ berichtet die „New York World“, das französisch-amerikanische Bündnis liehe ernstlich in Gefahr, vom Senat abzulehnt zu werden, da die Mehrheit des Hauses nicht damit einverstanden ist, daß das Abkommen inrevidiert mit dem Völkervertrag verknüpft werde und lieber eine einfache Militärallianz abzuschließen sehen möchte, die im Falle eines deutschen Anarchies unmittelbar in Kraft trete.

### Unser bulgarischer Bundesgenosse.

Von Kriegsmiister a. D. General der Artill. v. Stein. In den letzten Wochen sind unsere Beziehungen während des Krieges zu den österreichischen Bundesgenossen stärker beleuchtet worden. In den nachfolgenden Ausführungen erfährt die deutsche Öffentlichkeit von authentischer deutscher Seite einiges über die Interna unserer Beziehungen zu den bulgarischen Bundesgenossen.

Die Bulgaren waren in geschäftlicher Beziehung recht unbequem. Sie verlangten alles ohne Gegenleistung und glaubten dazu ein Recht zu haben. Ob ihnen in dieser Beziehung Zufriedenungen gemacht sind, habe ich bis zuletzt nicht zugehen können. Sie konnten wichtige Bundesgenossen sein, solange sie kräftig und treu blieben. Daher mußte das an sich arme Land unterzogen werden. Die Machtüber sorgten von Amts wegen für sich, wie das im Orient üblich und auch in demokratischen Staaten nicht unüblich ist.

Der Ministerpräsident Raboslawow und der Kriegsmiister Nidenoff waren deutschfreundlich. Ihre Nachfolger haben eine zweifelhafte Rolle gespielt. Bulgarische Kameraden erzählten ganz offen, der Präsident Malmow und der Oberkommandierende Bulow hätten von der Entente Geld genommen. Auch durften bulgarische Zeitungen die Nachrichten, wir jagten das Land aus und erfüllten unsere Verpflichtungen nicht, verbreiten, ohne daß ihnen ernstlich entgegengetreten wurde.

Auch Bulgarien hat eine ernste Lehre erhalten. Zuerst unerträglich in seinen Forderungen, muß es jetzt auf Landsteile verzichten, die es schon in seinem sicheren Besitz hätte. Aus der Vormacht auf dem Balkan ist nichts geworden. Serbien und Rumänien werden unüberquembare Nachbarn bleiben, und der Balkan wird nicht zur Ruhe kommen. Trotzdem kann Bulgarien eine Zukunft haben. Es hat im eigenen Lande Raum genug, sich zu vermehren, und die Bevölkerung ist lebenskräftig und einfach, bedarf aber der Erziehung. Mancher Kenner hält die Serben für die bessere und tüchtigere Volksgruppe; darüber fehlt mir das Urteil.

Den König, der dem Thron entgingt hat, habe ich kennen gelernt. Er macht bei Verhandlungen den Eindruck des Augen und in allen Saiteln gerechten Fürsten, für den er immer gegolten hat. In den Verhandlungen zog er den Kronprinzen hinzu, den er auch als seinen Geheimkammerer benutzt haben soll. Jedenfalls eine vernünftige Erziehung eines Prinzen zum künftigen Fürsten. Der Kronprinz machte trotz seiner Jugend den Eindruck eines verständigen und klugen Mannes. Er galt der Bulgaren als Bulgare, der König nicht. Als dieser eines Tages im Flugzeuge aufstiegen war, wurde es von niemand beachtet. Als der Kronprinz daselbst tat, erhob sich ein allgemeiner Schrei der Entrüstung, wie man den künftigen König von Bulgarien einer solchen Gefahr aussetzen konnte. Dabei war der Kronprinz in Verabredungen tiefdick und ein ebenso gewandter wie kluger Kraftwagenführer.

Trotz mander Schwierigkeiten habe ich mit den Bulgaren gern zu tun gehabt. Mit ihrer Geschäftlichkeit verbunden. Sie waren nicht so empfindlich und übernehmlich wie die Ungarn, sondern lüchden mehr durch klugen Eindruck zu machen. Mit dem Kriegsmiister Nidenoff habe ich immer in freundschaftlicher Weise verhandelt können. Er war ein ruhiger und liebenswürdiger Mann, dem ich ein freundliches Andenken bewahre.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 6 Seiten.



Zu § 26, Abgabe für ausländische Gesellschaften, stellen die Sozialdemokraten den gleichen Antrag wie zu § 24.

Reichsfinanzminister Erzberger bittet, am Ausschlußbeschluss festzuhalten.

Die Güte des § 26 werden unverändert gelassen. §§ 28 bis 36 enthalten gemeinsame Vorschriften.

Auf Antrag Hermann wird dem § 33 ein Absatz hinzugefügt, der den Genossenschaften die Abtragung von Kriegsanleihe erleichtern soll.

Reichsfinanzminister Erzberger: Die Regierung ist entschlossen, alles zu tun, um den Genossenschaften bei der Abtragung der Kriegsanleihe zu Hilfe zu kommen.

Auch die Schlußvorschriften des Entwurfs gelangen zur Annahme.

Damit ist die zweite Lesung der Vorlage beendet. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über eine Kriegsanleihe zum Vermögenszuwachs.

Den Bericht erstattet Hrn. Bohmann (Dem.). Hrn. Dr. Meyer (D. L.): Keine Partei und keine Fraktion wird sich der Pflicht entziehen, dem Reich in seiner schweren Notlage das Notwendige zu geben.

Reichsfinanzminister Erzberger teilt mit, daß die von mehreren Seiten verlangten Tabellen über die verschiedenen Steuern der Steuerkommission bereits überreicht sind und morgen dem Kaiser zugehen können.

§ 6 bestimmt, welche Beträge von dem zu vertheuernden Vermögenszuwachs abzuziehen sind. Ein Antrag Gothein (Dem.) stellt den Absatz einer Summe vor, die im Todesfälle des sonst Abgabepflichtigen an die Familie genommen ist.

Ein Antrag Wurm will die Bestimmungen über die Kirchensteuer freizeichnen.

Hrn. Dr. Gothein (Dem.): Der Antrag von Mitgliedern mehrerer Parteien unterzeichnet, entwirft nur der Willkür.

Hrn. Wurm (U. S.): Die Kirche darf keine Vorteile haben.

Hrn. Dr. Mumm (D. M.): Die Bestimmungen ist ein unannehmliches Bedürfnis für die Religionsgesellschaften. Zur Wiederbelebung des gesamten Volkslebens bedürfen wir deren Mitarbeit dringend.

Reichsfinanzminister Erzberger: Die Abgabemöglichkeit bedeutet kein Vorrecht der Kirche, sondern ein solches der Steuerzahler.

Der Antrag Wurm wird abgelehnt, § 6 mit dem Antrag Gothein angenommen. § 8 wird unter Ablehnung sozialdemokratischer Anträge angenommen.

Die §§ 9 bis 14 werden ohne Aussprache angenommen. § 15 wird unter Ablehnung eines sozialdemokratischen und eines Antrages der Unabhängigen, die für eine Einschränkung bzw. Streichung von Erleichterungsbestimmungen eintreten, in der Aussprache angenommen.

Zu § 16, der die Einstellung der Kriegsanleihe enthält, beantragen ein unabhängiger und ein sozialdemokratischer Antrag, die Kriegsanleihe erheblich zu vermindern. Die beiden Anträge wurden abgelehnt.

§ 16 gelangt in der Aussprache zur Annahme. Die §§ 17 bis 28 werden ohne Aussprache angenommen.

Zu § 24 wird ein Antrag Gröber (Str.) angenommen, wonach der Steuerpflichtige im Falle der Verlagerung der Stempel die Entscheidung des Reichsfinanzministers anrufen kann.

Rach § 28 kann bei wissentlich falschen Angaben auf Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Hrn. Krastig (Soz.) beantragt, diese Strafbestimmung in eine Bußvorschrift umzuwandeln. Nach Mitteilung eines Sachverständigen seien 10% der Steuererklärungen richtig.

Hrn. Dornbusch tritt dieser Behauptung entgegen. Eine leichtfertige und die Ehre des deutschen Bürgers schwerer treffende Behauptung könne überhaupt nicht aufgestellt werden.

§ 28 wird unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages unverändert angenommen.

Der Rest der Vorlage wird unverändert angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Rachste Sitzung: Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr. Anwesen: Graunau aus Befoldungsactes usw. Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Die Forderungen der Eisenbahner.

Am Dienstag fand im Finanzministerium unter dem Vorsitz des Finanzministers Dr. Wirth eine Sitzung mit den Vertretern des Badischen Eisenbahnerverbandes und des Verbandes des deutschen Verkehrsvereins.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß das Finanzministerium bereit sei, mit den Arbeiterorganisationen über § 6 Absatz 3 alsbald in Verhandlungen einzutreten.

Der Staatsratsvorsitzende des Reichstags sei über dieses Vorgehen seinerzeit verständigt worden, und es sei damit die politische Grundlage zu Verhandlungen gegeben.

Zu der zweiten Forderung wurde von einer Seite der Antrag gestellt, den Arbeitern eine Erhöhung ihrer Bezüge von 3 Mark im Tage zu bewilligen.

Von anderer Seite wurde eine Erhöhung um 1800 Mark im Jahre gewünscht. Die Organisation selbst lehnt ihren Antrag dahin an, daß in der Richtung einer Verringerung der Teuerungsbelastung eine namhafte Erhöhung des Lohnes erzielt werden sollte.

Der Reichsfinanzminister machte die Organisation auf die großen Hoffnungen ihrer Forderungen aufmerksam. Es sei sehr zu begrüßen, daß automatisch damit auch bei der gesamten Beamtenschaft die gleichen Forderungen ausgedrückt werden.

Der Finanzminister erklärte, daß die Forderungen der Eisenbahner von 3 Mark auf mindestens 60 Millionen Mark für alle staatlichen Beamten und Arbeiter.

Die Forderung mit einer jährlichen Summe von 1800 Mark würde das Doppelte erfordern. Man möge nicht verkennen, daß der Landtag vor Augen nach schwierigen Verhandlungen die Steuererhöhung herabgesetzt habe, um die bereits vorhandenen Bedürfnisse der allgemeinen Staatsverwaltung und teilweise bei der Eisenbahnverwaltung zu decken.

Ein weiterer Hinweis lag in der Richtung, daß es unmöglich sei, in diesem Jahre mit weiteren Steuerforderungen an das Land heranzutreten.

Am Landtag sei die Meinung vorherrschend gewesen, daß Baden unbedingt aus der Schuldverwaltung herauskommen müsse. Bei der Eisenbahnverwaltung müßte für das Jahr 1919 mit einem Defizit von etwa 200 Millionen Mark gerechnet werden.

Nach dem eine noch so weitgehende Lohnerhöhung, die in Aussicht stehe, wird es nicht möglich sein, diesen Betrag zu decken.

Die Forderung, nach neue Forderungen zu berücksichtigen, wird durch den Reichsfinanzminister abgelehnt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß das Finanzministerium über die dauernde Befreiung des Grund-

besitzes der Entlohnungen nach dem Lebensalter für alle bei der Eisenbahn beschäftigten Arbeiter zu entscheiden habe.

Alle weitergehenden Forderungen wurden vom Staatsminister abgelehnt. Außerdem kann das Staatsministerium eine diesbezügliche Vorlage an den Landtag nicht in Aussicht stellen.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

Der Reichsfinanzminister erklärte, daß im Hinblick auf das spätere Festhalten des Reichseinkommensteuers in Baden die reichseigene Steuerverwaltung eingeführt wird, und daß vom nächsten Jahre an die Reichseinkommensteuer in Baden zur Erhebung kommt.

hin gegen alle jene, die noch Kräfte erbringen können, von der Organisation vorgegangen wird.

— Baden-Baden, 8. Aug. Wegen Beteiligung an einer umfangreichen Tabakfabrik, es soll sich um politische Ware handeln — wurde ein hiesiger, wiederholt verurteilter Mann verhaftet.

— Das 10 jährige Töchterchen einer hiesigen Familie wurde von einem Mordbock an einem Brunnen, an dem es sich erfrischte, zu Tode gedrückt.

— Zell i. B., 8. Aug. Der Geschäftsmann in der Textilindustrie des Riesentals dürfte in nächster Zeit wieder besser werden, da von ausländischen Firmen größere Aufträge eingezeichnet sind, so daß die Betriebe bald wieder in der Lage sein werden, die Arbeiterkraft zu beschäftigen.

— Vom Schwarzwald, 7. Aug. Schöner und glücklich ist gestern nachmittag auf der Schwarzwaldbahn unweit der Station Sommerau zwischen St. Georgen und Erberg eine Bauernfrau, die während der Fahrt von der 3. in einen Wagen 4. Klasse überstieg. Sie wurde vom Zuge herabgeschleudert, worauf ihr Bein vom Körper vollständig abtrennten, das andere oberhalb der Wade abbrach. Es ist kaum möglich, die Frau am Leben zu erhalten. — Seidelbeerenrinder aus Schwenningen a. N. waren ungeachtet des Verbotes, in Privatwaldungen ohne Erlaubnis Heidelbeeren zu sammeln, in einen solchen auf der Gemarkung Unterlinde bei Willingen eingedrungen und haben den Waldbesitzer, als er sie aufforderte, den Wald zu verlassen, an einem Baum fest, so daß der Mann gezwungen war, in dieser Stellung den Abend und die ganze Nacht im Walde zu verbringen. In der morgens fanden ihn vorübergehende, durch seine Rufe angelockte Beerenrinder und haben ihn los. Die Beerenrinder aus Schwenningen mochten sich überhaupt durch ihr gewalttätiges Vorgehen sehr verhasst.

— Die Kolmarer Kunstwerke. (Eigener Drahtbericht.) i Straßburg, 7. Aug. Eine Kommission begab sich von Kolmar nach Münden, um dort von dem berühmten Hensheimer Mäse und den Werken Mathias Grünewalds wieder Besitz zu ergreifen. Diese Kunstwerke waren bekanntlich von der deutschen Regierung während des Krieges dorthin gebracht worden, angeblich um sie vor Zerstörung durch die Franzosen zu schützen. Die Mündener sollen den Besitz geäußert haben, die Worte zu behalten.

— Das Montblanc-Tunnel. (Eigener Drahtbericht.) i Berlin, 7. Aug. Die Reichsregierung meldet, befindet sich augenblicklich in Rom der Vertreter eines französischen Syndikats, um Studien an dem geplanten Montblanc-Tunnel vorzunehmen. Das Projekt selbst wurde schon 1908 der italienischen Regierung im Rahmen eines französischen Syndikats vorgelegt. Heute wird es in Aufnahmehöhe gebracht mit einer elektrischen Eisenbahn von Gallanese bei Chiomonte nach Asta in der Ausdehnung von 80 Kilometer, wovon 15 durch den Montblanc gehen sollen.

— Der Kanalvortrag. (Eigener Drahtbericht.) i. Saaz, 7. Aug. Die französische Kommission zum Bau des Kanals zwischen dem Rhein und dem Elbe wird heute in Saaz eintrifft. Die neuen Bohrmethoden für den Kanalbau zu erproben. Namentlich soll eine französisch-englische Kommission abgeordnet werden, um der neuen Sache endgültig näherzutreten.

— Die Umwälzung in Ungarn. (Eigener Drahtbericht.) i. Wien, 7. Aug. Der neue Umwälzung in Ungarn hat in Kreisen der in Wien weilenden ungarischen Politiker unangelegentlich Aufsehen erregt. Nicht einmal in Wien hat man sich über die bevorstehende Umwälzung unterrichtet, denn er auch heute mußte durch die Donnerstags einen Wendepunkt bedeuten werde. Soeben wurde nämlich vor zwei Tagen von dem neuen ungarischen Ministerpräsidenten Stefan Friedrich telefonisch anrufen und hatte von ihm die Mitteilung erhalten, daß man in Budapest auf die Beendigung seiner Wiener Verhandlungen höchstens bis Mittwoch warten werde. Erzherzog Joseph hat die Macht in seiner Eigenschaft als Feldmarschall übernommen. Demnach bedeutet die neue Regierungsform in Ungarn eine Militärdiktatur. Die Ernennung Stefan Friedrichs zum Ministerpräsidenten soll nach der Meinung der hier weilenden ungarischen Politiker einen Beweis dafür liefern, daß man keineswegs an die Wiederherstellung der Magyaren-Verfassung, sondern an die Einführung eines bürokratischen demokratischen Regimes in Ungarn denkt. Der Umwälzung in Budapest hat in der Wiener ungarischen Gesellschaft Beratungen nach sich gezogen. Alle kommunistischen Parteien wurden sofort unterteilt, die Kassen wurden revidiert und die vorhandenen Gelder mit Beschlag belegt. Die Bedienung der kommunistischen Klientele, die bereits begonnen hatte, konnte noch verhindert werden.

— Die Umwälzung in Ungarn. (Eigener Drahtbericht.) i. Wien, 7. Aug. Der neue Umwälzung in Ungarn hat in Kreisen der in Wien weilenden ungarischen Politiker unangelegentlich Aufsehen erregt. Nicht einmal in Wien hat man sich über die bevorstehende Umwälzung unterrichtet, denn er auch heute mußte durch die Donnerstags einen Wendepunkt bedeuten werde. Soeben wurde nämlich vor zwei Tagen von dem neuen ungarischen Ministerpräsidenten Stefan Friedrich telefonisch anrufen und hatte von ihm die Mitteilung erhalten, daß man in Budapest auf die Beendigung seiner Wiener Verhandlungen höchstens bis Mittwoch warten werde. Erzherzog Joseph hat die Macht in seiner Eigenschaft als Feldmarschall übernommen. Demnach bedeutet die neue Regierungsform in Ungarn eine Militärdiktatur. Die Ernennung Stefan Friedrichs zum Ministerpräsidenten soll nach der Meinung der hier weilenden ungarischen Politiker einen Beweis dafür liefern, daß man keineswegs an die Wiederherstellung der Magyaren-Verfassung, sondern an die Einführung eines bürokratischen demokratischen Regimes in Ungarn denkt. Der Umwälzung in Budapest hat in der Wiener ungarischen Gesellschaft Beratungen nach sich gezogen. Alle kommunistischen Parteien wurden sofort unterteilt, die Kassen wurden revidiert und die vorhandenen Gelder mit Beschlag belegt. Die Bedienung der kommunistischen Klientele, die bereits begonnen hatte, konnte noch verhindert werden.

— Die Umwälzung in Ungarn. (Eigener Drahtbericht.) i. Wien, 7. Aug. Der neue Umwälzung in Ungarn hat in Kreisen der in Wien weilenden ungarischen Politiker unangelegentlich Aufsehen erregt. Nicht einmal in Wien hat man sich über die bevorstehende Umwälzung unterrichtet, denn er auch heute mußte durch die Donnerstags einen Wendepunkt bedeuten werde. Soeben wurde nämlich vor zwei Tagen von dem neuen ungarischen Ministerpräsidenten Stefan Friedrich telefonisch anrufen und hatte von ihm die Mitteilung erhalten, daß man in Budapest auf die Beendigung seiner Wiener Verhandlungen höchstens bis Mittwoch warten werde. Erzherzog Joseph hat die Macht in seiner Eigenschaft als Feldmarschall übernommen. Demnach bedeutet die neue Regierungsform in Ungarn eine Militärdiktatur. Die Ernennung Stefan Friedrichs zum Ministerpräsidenten soll nach der Meinung der hier weilenden ungarischen Politiker einen Beweis dafür liefern, daß man keineswegs an die Wiederherstellung der Magyaren-Verfassung, sondern an die Einführung eines bürokratischen demokratischen Regimes in Ungarn denkt. Der Umwälzung in Budapest hat in der Wiener ungarischen Gesellschaft Beratungen nach sich gezogen. Alle kommunistischen Parteien wurden sofort unterteilt, die Kassen wurden revidiert und die vorhandenen Gelder mit Beschlag belegt. Die Bedienung der kommunistischen Klientele, die bereits begonnen hatte, konnte noch verhindert werden.

— Die Umwälzung in Ungarn. (Eigener Drahtbericht.) i. Wien, 7. Aug. Der neue Umwälzung in Ungarn hat in Kreisen der in Wien weilenden ungarischen Politiker unangelegentlich Aufsehen erregt. Nicht einmal in Wien hat man sich über die bevorstehende Umwälzung unterrichtet, denn er auch heute mußte durch die Donnerstags einen Wendepunkt bedeuten werde. Soeben wurde nämlich vor zwei Tagen von dem neuen ungarischen Ministerpräsidenten Stefan Friedrich telefonisch anrufen und hatte von ihm die Mitteilung erhalten, daß man in Budapest auf die Beendigung seiner Wiener Verhandlungen höchstens bis Mittwoch warten werde. Erzherzog Joseph hat die Macht in seiner Eigenschaft als Feldmarschall übernommen. Demnach bedeutet die neue Regierungsform in Ungarn eine Militärdiktatur. Die Ernennung Stefan Friedrichs zum Ministerpräsidenten soll nach der Meinung der hier weilenden ungarischen Politiker einen Beweis dafür liefern, daß man keineswegs an die Wiederherstellung der Magyaren-Verfassung, sondern an die Einführung eines bürokratischen demokratischen Regimes in Ungarn denkt. Der Umwälzung in Budapest hat in der Wiener ungarischen Gesellschaft Beratungen nach sich gezogen. Alle kommunistischen Parteien wurden sofort unterteilt, die Kassen wurden revidiert und die vorhandenen Gelder mit Beschlag belegt. Die Bedienung der kommunistischen Klientele, die bereits begonnen hatte, konnte noch verhindert werden.

— Die Umwälzung in Ungarn. (Eigener Drahtbericht.) i. Wien, 7. Aug. Der neue Umwälzung in Ungarn hat in Kreisen der in Wien weilenden ungarischen Politiker unangelegentlich Aufsehen erregt. Nicht einmal in Wien hat man sich über die bevorstehende Umwälzung unterrichtet, denn er auch heute mußte durch die Donnerstags einen Wendepunkt bedeuten werde. Soeben wurde nämlich vor zwei Tagen von dem neuen ungarischen Ministerpräsidenten Stefan Friedrich telefonisch anrufen und hatte von ihm die Mitteilung erhalten, daß man in Budapest auf die Beendigung seiner Wiener Verhandlungen höchstens bis Mittwoch warten werde. Erzherzog Joseph hat die Macht in seiner Eigenschaft als Feldmarschall übernommen. Demnach bedeutet die neue Regierungsform in Ungarn eine Militärdiktatur. Die Ernennung Stefan Friedrichs zum Ministerpräsidenten soll nach der Meinung der hier weilenden ungarischen Politiker einen Beweis dafür liefern, daß man keineswegs an die Wiederherstellung der Magyaren-Verfassung, sondern an die Einführung eines bürokratischen demokratischen Regimes in Ungarn denkt. Der Umwälzung in Budapest hat in der Wiener ungarischen Gesellschaft Beratungen nach sich gezogen. Alle kommunistischen Parteien wurden sofort unterteilt, die Kassen wurden revidiert und die vorhandenen Gelder mit Beschlag belegt. Die Bedienung der kommunistischen Klientele, die bereits begonnen hatte, konnte noch verhindert werden.

— Die Umwälzung in Ungarn. (Eigener Drahtbericht.) i. Wien, 7. Aug. Der neue Umwälzung in Ungarn hat in Kreisen der in Wien weilenden ungarischen Politiker unangelegentlich Aufsehen erregt. Nicht einmal in Wien hat man sich über die bevorstehende Umwälzung unterrichtet, denn er auch heute mußte durch die Donnerstags einen Wendepunkt bedeuten werde. Soeben wurde nämlich vor zwei Tagen von dem neuen ungarischen Ministerpräsidenten Stefan Friedrich telefonisch anrufen und hatte von ihm die Mitteilung erhalten, daß man in Budapest auf die Beendigung seiner Wiener Verhandlungen höchstens bis Mittwoch warten werde. Erzherzog Joseph hat die Macht in seiner Eigenschaft als Feldmarschall übernommen. Demnach bedeutet die neue Regierungsform in Ungarn eine Militärdiktatur. Die Ernennung Stefan Friedrichs zum Ministerpräsidenten soll nach der Meinung der hier weilenden ungarischen Politiker einen Beweis dafür liefern, daß man keineswegs an die Wiederherstellung der Magyaren-Verfassung, sondern an die Einführung eines bürokratischen demokratischen Regimes in Ungarn denkt. Der Umwälzung in Budapest hat in der Wiener ungarischen Gesellschaft Beratungen nach sich gezogen. Alle kommunistischen Parteien wurden sofort unterteilt, die Kassen wurden revidiert und die vorhandenen Gelder mit Beschlag belegt. Die Bedienung der kommunistischen Klientele, die bereits begonnen hatte, konnte noch verhindert werden.

— Die Umwälzung in Ungarn. (Eigener Drahtbericht.) i. Wien, 7. Aug. Der neue Umwälzung in Ungarn hat in Kreisen der in Wien weilenden ungarischen Politiker unangelegentlich Aufsehen erregt. Nicht einmal in Wien hat man sich über die bevorstehende Umwälzung unterrichtet, denn er auch heute mußte durch die Donnerstags einen Wendepunkt bedeuten werde. Soeben wurde nämlich vor zwei Tagen von dem neuen ungarischen Ministerpräsidenten Stefan Friedrich telefonisch anrufen und hatte von ihm die Mitteilung erhalten, daß man in Budapest auf die Beendigung seiner Wiener Verhandlungen höchstens bis Mittwoch warten werde. Erzherzog Joseph hat die Macht in seiner Eigenschaft als Feldmarschall übernommen. Demnach bedeutet die neue Regierungsform in Ungarn eine Militärdiktatur. Die Ernennung Stefan Friedrichs zum Ministerpräsidenten soll nach der Meinung der hier weilenden ungarischen Politiker einen Beweis dafür liefern, daß man keineswegs an die Wiederherstellung der Magyaren-Verfassung, sondern an die Einführung eines bürokratischen demokratischen Regimes in Ungarn denkt. Der Umwälzung in Budapest hat in der Wiener ungarischen Gesellschaft Beratungen nach sich gezogen. Alle kommunistischen Parteien wurden sofort unterteilt, die Kassen wurden revidiert und die vorhandenen Gelder mit Beschlag belegt. Die Bedienung der kommunistischen Klientele, die bereits begonnen hatte, konnte noch verhindert werden.

— Die Umwälzung in Ungarn. (Eigener Drahtbericht.) i. Wien, 7. Aug. Der neue Umwälzung in Ungarn hat in Kreisen der in Wien weilenden ungarischen Politiker unangelegentlich Aufsehen erregt. Nicht einmal in Wien hat man sich über die bevorstehende Umwälzung unterrichtet, denn er auch heute mußte durch die Donnerstags einen Wendepunkt bedeuten werde. Soeben wurde nämlich vor zwei Tagen von dem neuen ungarischen Ministerpräsidenten Stefan Friedrich telefonisch anrufen und hatte von ihm die Mitteilung erhalten, daß man in Budapest auf die Beendigung seiner Wiener Verhandlungen höchstens bis Mittwoch warten werde. Erzherzog Joseph hat die Macht in seiner Eigenschaft als Feldmarschall übernommen. Demnach bedeutet die neue Regierungsform in Ungarn eine Militärdiktatur. Die Ernennung Stefan Friedrichs zum Ministerpräsidenten soll nach der Meinung der hier weilenden ungarischen Politiker einen Beweis dafür liefern, daß man keineswegs an die Wiederherstellung der Magyaren-Verfassung, sondern an die Einführung eines bürokratischen demokratischen Regimes in Ungarn denkt. Der Umwälzung in Budapest hat in der Wiener ungarischen Gesellschaft Beratungen nach sich gezogen. Alle kommunistischen Parteien wurden sofort unterteilt, die Kassen wurden revidiert und die vorhandenen Gelder mit Beschlag belegt. Die Bedienung der kommunistischen Klientele, die bereits begonnen hatte, konnte noch verhindert werden.

— Die Umwälzung in Ungarn. (Eigener Drahtbericht.) i. Wien, 7. Aug. Der neue Umwälzung in Ungarn hat in Kreisen der in Wien weilenden ungarischen Politiker unangelegentlich Aufsehen erregt. Nicht einmal in Wien hat man sich über die bevorstehende Umwälzung unterrichtet, denn er auch heute mußte durch die Donnerstags einen Wendepunkt bedeuten werde. Soeben wurde nämlich vor zwei Tagen von dem neuen ungarischen Ministerpräsidenten Stefan Friedrich telefonisch anrufen und hatte von ihm die Mitteilung erhalten, daß man in Budapest auf die Beendigung seiner Wiener Verhandlungen höchstens bis Mittwoch warten werde. Erzherzog Joseph hat die Macht in seiner Eigenschaft als Feldmarschall übernommen. Demnach bedeutet die neue Regierungsform in Ungarn eine Militärdiktatur. Die Ernennung Stefan Friedrichs zum Ministerpräsidenten soll nach der Meinung der hier weilenden ungarischen Politiker einen Beweis dafür liefern, daß man keineswegs an die Wiederherstellung der Magyaren-Verfassung, sondern an die Einführung eines bürokratischen demokratischen Regimes in Ungarn denkt. Der Umwälzung in Budapest hat in der Wiener ungarischen Gesellschaft Beratungen nach sich gezogen. Alle kommunistischen Parteien wurden sofort unterteilt, die Kassen wurden revidiert und die vorhandenen Gelder mit Beschlag belegt. Die Bedienung der kommunistischen Klientele, die bereits begonnen hatte, konnte noch verhindert werden.

— Die Umwälzung in Ungarn. (Eigener Drahtbericht.) i. Wien, 7. Aug. Der neue Umwälzung in Ungarn hat in Kreisen der in Wien weilenden ungarischen Politiker unangelegentlich Aufsehen erregt. Nicht einmal in Wien hat man sich über die bevorstehende Umwälzung unterrichtet, denn er auch heute mußte durch die Donnerstags einen Wendepunkt bedeuten werde. Soeben wurde nämlich vor zwei Tagen von dem neuen ungarischen Ministerpräsidenten Stefan Friedrich telefonisch anrufen und hatte von ihm die Mitteilung erhalten, daß man in Budapest auf die Beendigung seiner Wiener Verhandlungen höchstens bis Mittwoch warten werde. Erzherzog Joseph hat die Macht in seiner Eigenschaft als Feldmarschall übernommen. Demnach bedeutet die neue Regierungsform in Ungarn eine Militärdiktatur. Die Ernennung Stefan Friedrichs zum Ministerpräsidenten soll nach der Meinung der hier weilenden ungarischen Politiker einen Beweis dafür liefern, daß man keineswegs an die Wiederherstellung der Magyaren-Verfassung, sondern an die Einführung eines bürokratischen demokratischen Regimes in Ungarn denkt. Der Umwälzung in Budapest hat in der Wiener ungarischen Gesellschaft Beratungen nach sich gezogen. Alle kommunistischen Parteien wurden sofort unterteilt, die Kassen wurden revidiert und die vorhandenen Gelder mit Beschlag belegt. Die Bedienung der kommunistischen Klientele, die bereits begonnen hatte, konnte noch verhindert werden.

— Die Umwälzung in Ungarn. (Eigener Drahtbericht.) i. Wien, 7. Aug. Der neue Umwälzung in Ungarn hat in Kreisen der in Wien weilenden ungarischen Politiker unangelegentlich Aufsehen erregt. Nicht einmal in Wien hat man sich über die bevorstehende Umwälzung unterrichtet, denn er auch heute mußte durch die Donnerstags einen Wendepunkt bedeuten werde. Soeben wurde nämlich vor zwei Tagen von dem neuen ungarischen Ministerpräsidenten Stefan Friedrich telefonisch anrufen und hatte von ihm die Mitteilung erhalten, daß man in Budapest auf die Beendigung seiner Wiener Verhandlungen höchstens bis Mittwoch warten werde. Erzherzog Joseph hat die Macht in seiner Eigenschaft als Feldmarschall übernommen. Demnach bedeutet die neue Regierungsform in Ungarn eine Militärdiktatur. Die Ernennung Stefan Friedrichs zum Ministerpräsidenten soll nach der Meinung der hier weilenden ungarischen Politiker einen Beweis dafür liefern, daß man keineswegs an die Wiederherstellung der Magyaren-Verfassung, sondern an die Einführung eines bürokratischen demokratischen Regimes in Ungarn denkt. Der Umwälzung in Budapest hat in der Wiener ungarischen Gesellschaft Beratungen nach sich gezogen. Alle kommunistischen Parteien wurden sofort unterteilt, die Kassen wurden revidiert und die vorhandenen Gelder mit Beschlag belegt. Die Bedienung der kommunistischen Klientele, die bereits begonnen hatte, konnte noch verhindert werden.

— Die Umwälzung in Ungarn. (Eigener Drahtbericht.) i. Wien, 7. Aug. Der neue Umwälzung in Ungarn hat in Kreisen der in Wien weilenden ungarischen Politiker unangelegentlich Aufsehen erregt. Nicht einmal in Wien hat man sich über die bevorstehende Umwälzung unterrichtet, denn er auch heute mußte durch die Donnerstags einen Wendepunkt bedeuten werde. Soeben wurde nämlich vor zwei Tagen von dem neuen ungarischen Ministerpräsidenten Stefan Friedrich telefonisch anrufen und hatte von ihm die Mitteilung erhalten, daß man in Budapest auf die Beendigung seiner Wiener Verhandlungen höchstens bis Mittwoch warten werde. Erzherzog Joseph hat die Macht in seiner Eigenschaft als Feldmarschall übernommen. Demnach bedeutet die neue Regierungsform in Ungarn eine Militärdiktatur. Die Ernennung Stefan Friedrichs zum Ministerpräsidenten soll nach der Meinung der hier weilenden ungarischen Politiker einen Beweis dafür liefern, daß man keineswegs an die Wiederherstellung der Magyaren-Verfassung, sondern an die Einführung eines bürokratischen demokratischen Regimes in Ungarn denkt. Der Umwälzung in Budapest hat in der Wiener ungarischen Gesellschaft Beratungen nach sich gezogen. Alle kommunistischen Parteien wurden sofort unterteilt, die Kassen wurden revidiert und die vorhandenen Gelder mit Beschlag belegt. Die Bedienung der kommunistischen Klientele, die bereits begonnen hatte, konnte noch verhindert werden.

— Die Umwälzung in Ungarn. (Eigener Drahtbericht.) i. Wien, 7. Aug. Der neue Umwälzung in Ungarn hat in Kreisen der in Wien weilenden ungarischen Politiker unangelegentlich Aufsehen erregt. Nicht einmal in Wien hat man sich über die bevorstehende Umwälzung unterrichtet, denn er auch heute mußte durch die Donnerstags einen Wendepunkt bedeuten werde. Soeben wurde nämlich vor zwei Tagen von dem neuen ungarischen Ministerpräsidenten Stefan Friedrich telefonisch anrufen und hatte von ihm die Mitteilung erhalten, daß man in Budapest auf die Beendigung seiner Wiener Verhandlungen höchstens bis Mittwoch warten werde. Erzherzog Joseph hat die Macht in seiner Eigenschaft als Feldmarschall übernommen. Demnach bedeutet die neue Regierungsform in Ungarn eine Militärdiktatur. Die Ernennung Stefan Friedrichs zum Ministerpräsidenten soll nach der Meinung der hier weilenden ungarischen Politiker einen Beweis dafür liefern, daß man keineswegs an die Wiederherstellung der Magyaren-Verfassung, sondern an die Einführung eines bürokratischen demokratischen Regimes in Ungarn denkt. Der Umwälzung in Budapest hat in der Wiener ungarischen Gesellschaft Beratungen nach sich gezogen. Alle kommunistischen Parteien wurden sofort unterteilt, die Kassen wurden revidiert und die vorhandenen Gelder mit Beschlag belegt. Die Bedienung der kommunistischen Klientele, die bereits begonnen hatte, konnte noch verhindert werden.

— Die Umwälzung in Ungarn. (Eigener Drahtbericht.) i. Wien, 7. Aug. Der neue Umwälzung in Ungarn hat in Kreisen der in Wien weilenden ungarischen Politiker unangelegentlich Aufsehen erregt. Nicht einmal in Wien hat man sich über die bevorstehende Umwälzung unterrichtet, denn er auch heute mußte durch die Donnerstags einen Wendepunkt bedeuten werde. Soeben wurde nämlich vor zwei Tagen von dem neuen ungarischen Ministerpräsidenten Stefan Friedrich telefonisch anrufen und hatte von ihm die Mitteilung erhalten, daß man in Budapest

